



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des
Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der
Stadt Eberswalde
am 16.03.2010, 18:15 Uhr,
im Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum,
3. Etage, Breite Straße 39, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom 16.02.2010
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen der Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
- Bericht: Umsetzung Maßnahmen des Konjunkturpaketes II**
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohner/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gem. Hauptsatzung
10. Information zur Halle 15 Messingwerksiedlung aus denkmalpflegerischer Sicht
11. Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen
12. Vorstellung und Diskussion Konzept Themenmärkte

13. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

13.1. **Vorlage: BV/321/2010 Einreicher/
zuständige
Dienststelle: 02.21 - Dezernat II**
Konzept "Barrierefreies Eberswalde - Eine Stadt für Alle"

14. Schließung der Sitzung

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Röder begrüßt alle Anwesenden zur 11. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Röder stellt fest, dass form- und fristgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 6 Stadtverordnete anwesend.

Herr Eydam nimmt ab 18:20 an der Sitzung teil.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom 16.02.2010

Herr Zinn:

- Seite 7, 3. Anstrich: **Rechtenrecht** ändern in **Rentenrecht**.
- Seite 8, 2. Absatz: ... und weist auf das Europäische Jahr **zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung** ...

Frau Ebert:

- Seite 9, 2. Zeile: ergänzen ... eine größere Zahl allgemeiner **sowie spezieller Baumaßnahmen**.
- Seite 10, 1. Satz: ergänzen: **Herr Eydam stimmt der Konzeption mit ergänzenden Bemerkungen zu.**

Die Niederschrift wird mit den Änderungen einstimmig bestätigt.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Zinn beantragt für Herrn Hasselmann Rederecht zum TOP 13.1.

Abstimmung: einstimmig zugestimmt
Abstimmung Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

TOP 5

Informationen der Vorsitzenden

Frau Röder informiert über Veranstaltungen:

- Familientag der KinderUni am 20. März um 15.00 Uhr
- Aufruf zum Frühjahrsputz am 20. März
- Messe im Familiengarten

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Frau Debernitz berichtet über einen Wasserschaden in ihrer Wohnung über die Weihnachtsfeiertage, die Feuerwehr erklärte nach Begutachtung der Wohnung, diese als nicht mehr bewohnbar und forderte telefonisch eine Ausweichwohnung an mit dem Hinweis, es würde sich jemand bei Frau Debernitz melden. Da sich niemand meldete setzte sich Frau Debernitz erneut mit der Feuerwehr in Verbindung und erhielt die Aussage, da sie einen Privatmieter hätte, ist sie nicht berechtigt, eine Ausweichwohnung zu erhalten. Frau Debernitz fragt, ob es in der Stadt eine Richtlinie gibt, wonach Wohnungen zugewiesen werden.

Frau Micoleaseck erklärt die Verfahrensweise bemerkt aber dazu, dass dem Ordnungsamt der Vorfall nicht bekannt sei, sie sich danach erkundigen wird und Frau Debernitz über das Ergebnis informiert.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Frau Röder entschuldigt Herrn Landmann zur heutigen Sitzung, da er erkrankt ist.

Der Bericht zur Umsetzung der Maßnahmen Konjunkturpaket II wird in der nächsten Sitzung behandelt.

Herr Zinn, dem dieser Bericht bekannt ist, äußert sich zu der unsäglichen Situation, was die Kita „Sonnenschein“ betrifft. Bisher wurde immer noch kein Ausweichobjekt gefunden, dieses kann man den Kindern und Eltern nicht mehr zumuten es muss eine zeitnahe Lösung gefunden werden.

Frau Röder bittet die Verwaltung zur nächsten Sitzung um eine Aussage.

TOP 8**Informationsvorlagen**

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohner/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gem. Hauptsatzung

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 10**Information zur Halle 15 Messingwerksiedlung aus denkmalpflegerischer Sicht**

Frau Röder begrüßt Herrn Gabsch und bittet um seinen Bericht zur Messingwerkhalle.

In einem Power-Point-Vortrag erläutert Herr Gabsch die Geschichte der Messingwerkhalle (Brennofengebäude) aus denkmalpflegerischer Sicht und bietet dem Ausschuss auf Wunsch eine Objektstudie über den technisch historischen Wert, Nutzungsoptionen, Kostenschätzungen, Zeitschiene an.

Er bittet die Stadtverordneten, sich in den Ausschüssen mit der Problematik der Halle 15 zu beschäftigen.

Frau Brodmann macht den Vorschlag, dieses Gebäude in den Industriekulturpfad mit einzuordnen.

Herr Zinn fragt, ob eine Abstimmung mit dem Ortsvorsteher, Herrn Kuchenbecker, gab?

Herr Gabsch erklärt, dass die richtige Ebene der Ausschuss und die Stadtverordnetenversammlung sein muss. Es ist wichtig, was will die Stadt.

TOP 11**Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen**

Frau Röder berichtet, dass es zu dieser Thematik in den Städten in Brandenburg unterschiedliche Meinungen gibt. Vom Städte- und Gemeindebund gibt es eine große Abhandlung zur Alkoholprävention in den Kommunen. Dieser unterstützt zwar das Verbot von Alkohol auf öffentlichen Plätzen, gibt aber keine Empfehlungen an die Kommunen.

Wenn das Problem weiterhin im Ausschuss behandelt werden soll, müsste durch eine Fraktion ein Antrag eingebracht werden.

Frau Micoletzke erläutert die Rechtslage, die weiterhin sehr unsicher ist. Sie verweist auf ein Schreiben des Landkreises

vom 14.7.2009 an die Gemeinden. Darin wurde empfohlen, von Alkoholverboten abzusehen, weil die Rechtslage unsicher ist. In einem Freiburger Urteil wurde ein Alkoholverbot für rechtswidrig erklärt, weil vom Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit keine potentielle Bedrohung ausgehe.

Aufgrund dieses Urteils fehlt dem Ordnungsamt auch die Ermächtigungsgrundlage.

Aus Sicht des Ordnungsamtes sollte man sich mit den Symptomen befassen, wie z. B. Prävention, Erziehungshilfe, mehr Streetworker. Dafür müssten aber mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Herr Zinn erklärt, dass es ihm nicht um ein generelles Alkoholverbot geht, sondern die Präventionsarbeit in den Vordergrund zu stellen ist. Er spricht auch das Kinder- und Jugendparlament an, ob man etwas gemeinsam machen könnte. Die Bevölkerung möchte ein Signal erhalten, wie geht die Politik damit um.

Frau Berger (KJP) erklärt, wenn man Jugendlichen etwas verbietet, dann machen sie es erst recht. Man sollte den Jugendlichen Alternativangebote bieten.

Herr Dr. Steiner ist gegen ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen und der Meinung, dass sich die Leute zuhause betrinken sollen und, wenn schon, an diesen Orten ihre Randalie machen, alles beschmutzen und Graffitis veranstalten.

Auch Herr Eydam ist der Meinung, dass Verbote nichts ausrichten.

Frau Frey schlägt vor, verstärkte Kontrollen im A-Werk durchzuführen. Man muss die Brennpunkte kennen und gezielt Kontrollen durchführen.

Frau Röder macht darauf aufmerksam, dass die Politik im Rahmen der Haushaltsplanung für mehr Prävention auch das Geld einfordern muss.

Herr Tehen erklärt, das Alkoholproblem liegt bundesweit im Trend. Die Bedenken und Ängste der Bürger sollte man aber auch ernst nehmen. Es sollte mehr Streifentätigkeit durchgeführt werden, um der Bevölkerung mehr Sicherheit zu geben.

Dr. Spangenberg sagt, es geht ja doch wohl um den Alkoholmissbrauch im Allgemeinen, aber es wird immer um Einzelfallentscheidungen gehen.

Frau Brodmann schlägt vor, mit den Verantwortlichen, die mit Jugendlichen arbeiten, eine Ideenkonferenz durchzuführen.

Frau Röder ist der Meinung, dass der Ausschuss solch eine Ideenkonferenz oder einen Workshop nur anschieben kann. Die Durchführung muss durch professionelle Leute mit entsprechender Erfahrung als Moderatoren erfolgen.

Herr Zinn ist mehr dafür, zu den Jugendlichen vor Ort zu gehen und das KJP mit einzubeziehen. Das Ordnungsamt kann eine verstärkte Kontrolle personell nicht leisten und die Polizei wird zukünftig vor dem gleichen personellen Problem stehen.

Frau Frey macht den Vorschlag, das SPI mit einzubeziehen.

Herr Roedel informiert, dass die Senioren Angst haben abends auf die Straße zu gehen. Er meint, durch den Alkoholgenuss sinkt die Hemmschwelle gewaltig.

Frau Röder fasst zusammen, dass der Ausschuss sich nicht für ein generelles Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen ausspricht. Es müssen andere Maßnahmen greifen.

TOP 12

Vorstellung und Diskussion Konzept Themenmärkte

Frau Röder erklärt, da die Themenmärkte im Haushalt mit einem hohen finanziellen Anteil zu Buche schlagen, sollte diskutiert werden, ob sie das bringen, was wir uns davon erhoffen.

Frau Müller berichtet, dass die Personalstellen aus dem Jahr 2009 in das Jahr 2010 übernommen wurden. Eine Kollegin scheidet im Juni 2010 durch ATZ aus.

Die Positionen Marketing sind verringert worden.

Der Einstieg in die Themenmärkte ist der Frühjahrsputz mit einer breitgefächerten Aufstellung organisatorisch-technischer Aufgaben und der Abschlussveranstaltung auf dem Markt ab 17.00 Uhr.

2. Mai

(verkaufsoffener Sonntag) „Muttertag und Frühling“ (Kreativmarkt)

In diesem Jahr wird man sich auf sogenannte Andockveranstaltungen beschränken.

21. August

70 Jahre O-Bus (Familienfest mit der BBG)

11. oder 10. September

im Rahmen der Langen Nacht der Wirtschaft

Geplant ist weiterhin im Herbst ein Tausch- und Geschenkemarkt

(kein Trödelmarkt) beschränkt auf Kinderbekleidung, Haushaltswarenartikel.

Herr Zinn befürwortet die Themenmärkte und fragt, ob man diese Märkte auch in den Stadtteilen durchführen könnte.

Herr Muszynski greift noch mal auf, den Wochenmarkt zu verifizieren, ebenso die Idee eines Frischemarktes von Herrn Reutter in Verbindung mit „Guten Morgen Eberswalde“.

Frau Brodmann stellt die Frage, ob die Verwaltung Märkte veranstalten und organisieren muss oder ob man das den „Aktiven“ überlassen kann.

Diese Diskussion sollte in den Fraktionen im Rahmen der Aufgabenkritik geführt werden, so Frau Röder.

TOP 13

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 13.1

**Vorlage: BV/321/2010 Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 02.21 - Dezernat II

Konzept "Barrierefreies Eberswalde - Eine Stadt für Alle"

Frau Röder weist darauf hin, dass vor der Sitzung die Empfehlung des Kulturbeirates zum Konzept verteilt wurde.

Frau Ebert zeigt eine Bilddokumentation über die Anforderungen von motorisch, sensorisch und kognitiv eingeschränkten Menschen an Barrierefreiheit im öffentlichen Raum an positiven und negativen Beispielen in der Stadt Eberswalde und anderen Städten.

Dr. Steiner:

- Kontrolle durch das Bauamt muss hohe Priorität erhalten
- eventuell Schulung der Mitarbeiter

Dr. Spangenberg:

- Laut Aussage von Frau Köhler ändern sich ständig nach kurzer Zeit die DIN- Vorschriften, dies verneint Frau Ebert, denn es gilt das Baugesetzbuch.

Frau Ebert verneint dies mit dem Hinweis darauf, dass die geltenden einschlägigen DIN in den 90er Jahren (seit 1992!) entwickelt wurden. Erfahrungen aus ihrer Anwendung haben jetzt zu umfangreichen Überarbeitungen geführt (siehe Pkt. 2.2 der Konzeption).

Herr Muszynski:

- hat den Eindruck, dass aus ästhetischen Gründen viele Dinge nicht barrierefrei gemacht werden

Frau Brodmann:

- Verpflichtung der Verwaltung, die Mitarbeiter des Bauamtes im Hinblick auf Barrierefreiheit mehr zu qualifizieren

Herr Roedel:

- Zuarbeit des Seniorenbeirates zum Konzept erfolgt nach dem 19.3.

Herr Hasselmann, Mitglied Seniorenbeirat, Mitglied Sprecherrat im BV, Choriner Str. 12, 16227 Eberswalde:

Er bittet um Erläuterung des Begriffs „Zugänglichkeitsplan“ und fragt nach Integrationseinrichtungen.

Frau Ebert erklärt, dass die UN-Behindertenrechtskonvention festgelegt hat, dass ein inklusives Bildungswesen geschaffen werden muss, diese Thematik aber gesondert behandelt werden müsste.

„Zugänglichkeit“ ist ein anderer Begriff für „Barrierefreiheit“. Die Stadt Barcelona hat bereits 1991 die Arbeit eines „Zugänglichkeitsplanes“ begonnen, mit dem Ziel der Gestaltung einer „Stadt für alle“.

Auch die neue Landesregierung hat sich auf die Agenda gesetzt, das Landesbehindertengleichstellungsgesetz zu erneuern bzw. zu überarbeiten. In diesem Jahr werden Regionalkonferenzen veranstaltet, Hauptthemen: Barrierefreiheit und Inklusive Bildung.

Zu den Fragen des Haushalts erklärt Frau Ebert Herrn Hasselmann, dass der Haushalt im vorigen Jahr aufgestellt wurde und auf Anregung der Grünen Fraktion eine HH-Stelle eingerichtet wurde in Höhe von 5.000 Euro. Seine Frage zum Vermögenshaushalt, Einstellung einer Summe in Höhe von 60.000 € zur Herstellung Barrierefreiheit bei öffentlichen Einrichtungen u. a. für „Kirche und Sparkasse“ konnte nicht beantwortet werden.

Frau Röder erklärt, dass sich die SPD-Fraktion ausgiebig mit dem Konzept befasst hat. Der Maßnahmenplan muss mit einer Prioritätenliste in Abwägung mit Betroffenen und einer Zeitschiene versehen werden, um entsprechende Kontrollmöglichkeiten zu haben. Die Umsetzung der Maßnahmen ist gemeinsam durch die Bauverwaltung und die Behindertenbeauftragte auszuführen. Das Konzept ist kein starres und kann weiter fortgeschrieben werden.

Die Entscheidung der einzelnen Maßnahmen und Prioritäten hängt in hohem Maße von der entsprechen den Haushaltslage ab.

Die Verwaltung soll über die Realisierung der Maßnahmen jährlich Bericht erstatten.

Herr Eydam:

- findet das ihm zugesandte Handbuch zu umfangreich, aber sehr wichtig
- Planer und Architekten müssen mehr geschult werden
- die Beauftragte als Träger öffentlicher Belange ist zwingend an jedem Bauvorhaben zu beteiligen
- Qualifikation bei den Baufirmen ist zu hinterfragen
- nicht immer nur an die billigsten Baufirmen Aufträge vergeben

Frau Brodmann:

- Inhalt Seite 1 - 6 und 19 - 28 an eine andere Stelle der Konzeption setzen
- Voranstellung einer Präambel mit dem Verweis auf gegenseitige Achtung, Rücksichtnahme und Hilfe (s. Grundgesetz).
- stärkere Wichtung auf die soziokulturelle Barrierefreiheit
- Integration der entsprechenden Passagen des Kulturentwicklungskonzeptes zum „Thema Barrierefreiheit“

Herr Zinn:

- das Anliegen der Barrierefreiheit muss in die Köpfe
- insbesondere die Stadtverwaltung, die Stadtverordneten, die Ortsvorsteher und die betroffenen Verbände sowie Beiräte sind in die Diskussion mit einzubeziehen
- für die Haushaltsberatungen gilt es, rechtzeitig eine Prioritätenliste zu erstellen
- zukünftige Bauvorhaben sind einer Prüfung auf Barrierefreiheit zu unterziehen

Herr Hartmann:

- die Vorschlagsliste im Konzept sollte als Ideensammlung betrachtet werden und nicht in das Konzept integriert werden. Darüber sollte in den Fraktionen nochmals diskutiert werden, diesen Teil als Anhang zu nehmen, da er vorläufig keine Prioritätenliste darstellt.

Frau Röder befürwortet den Vorschlag von Herrn Hartmann, den Punkt 10.2 (Baumaßnahmen) als Anhang zum Konzept zu nehmen.

Frau Röder bittet um Abstimmung zur Empfehlung für die Stadtverordnetenversammlung.

Abstimmung: 7 Ja-Stimmen

Frau Ebert erklärt, dass die Stellungnahmen und Änderungswünsche zum Konzept abgewogen und mit der Verwaltungsspitze abgestimmt werden, bevor eine Überarbeitung des Konzeptes erfolgt.

TOP 14

Schließung der Sitzung

Frau Röder schließt die Sitzung um 21:15 Uhr.

Angelika Röder
Vorsitzende des
Ausschusses für Kultur,
Soziales und Integration

Barbara Jähnel
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzende**
Angelika Röder
- **Stellvertreterin der Vorsitzenden**
Sabine Stüber entschuldigt
- **Ausschussmitglied**
Dr. med. Christel
Brauns
Christoph Eydam
Götz Herrmann vertreten durch Herrn Hartmann
Martin Hoeck entschuldigt
Dr. Günther Spangenberg
Dr. Andreas Steiner
Carsten Zinn
- **sachkundige Einwohner/innen**
Veronika Brodmann
Birgit Debernitz
Ute Frey
Edeltraud Jubi
Sascha Leeske entschuldigt
Sergej Matis entschuldigt
Udo Muszynski
Marita Papenfuß entschuldigt
Frank Techen
Horst Weingart
- **Dezernenten**
Lutz Landmann entschuldigt
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Heiner Roedel
Kathrin Berger
- **Beauftragte gemäß Hauptsatzung**
Barbara Ebert
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Dr. Stefan Neubacher
Heike Micoleizeck
Ines Müller